

Logo der Website Globale Geopolitik  
Quelle: <https://ko-fi.com/globalgeopolitics>

## **Trump gibt Zelensky den Laufpass**

Von Globale Geopolitik am 22. November 2025

Die Friedensinitiative kollidiert mit Razzien gegen goldene Toiletten, flüchtenden Oligarchen und wachsendem russischem Einfluss, was das Ende der Kriegsrhetorik markiert

Der Vertrauensverlust in die ukrainische Führung begann mit dem langsamen Scheitern an der Front und der stetigen Aushöhlung des Staates im Inland, aber die Ereignisse der letzten Tage haben dazu geführt, dass Wolodymyr Selenskyj nun fast keinen Handlungsspielraum mehr hat. Russische Truppen haben Kupiansk nach monatelangen Angriffen auf der Ostachse eingenommen, und der russische Befehlshaber Valery Gerasimov teilte Präsident Wladimir Putin mit, dass die Stadt „befreit“ worden sei, was darauf hindeutet, dass das russische Kommando dies als abgeschlossene Phase und nicht als umkämpfte Operation betrachtet.

Video abspielen

Video abspielen

Der Kreml hat diese Dynamik auf dem Schlachtfeld in eine umfassendere politische Botschaft umgemünzt, wobei Putin die ukrainische Führung als „kriminelle Bande“ bezeichnete, die auf „goldenen Toiletten“ sitze – eine Formulierung, die die Aufmerksamkeit auf den Korruptionsskandal lenken soll, der um Energoatom und Selenskyjs inneren Kreis ausgebrochen ist. Dieser Skandal vereint Vorwürfe über gestohlene amerikanische Hilfgelder, geschmuggelte Dollar, Kriegsgewinnlertum und den Zusammenbruch der internen Disziplin in ukrainischen Institutionen und hat unabhängige Analysten bestärkt, die seit langem argumentieren, dass der Krieg eher als System zur Geldbeschaffung denn als nationale Rettungskampagne diene.

Christopher Helali, der kürzlich ukrainische Kriegsgefangene besuchte, sagte, dass viele Soldaten an der Front versuchten, sich bei der ersten Gelegenheit zu ergeben. Diese Beschreibung deckt sich mit Berichten mehrerer russischer und unabhängiger Beobachter, die eine sinkende Moral und einen wachsenden Druck zur Desertion unter den ukrainischen Einheiten festgestellt haben. Helali beschrieb die Ukraine als „große Geldmacherei für den Westen“, und sein Bericht über Gefangene, die in Kasernen statt unter strafenden Bedingungen untergebracht waren, sollte unterstreichen, wie sehr sich die Kriegsdarstellung gegenüber der westlichen Öffentlichkeit von den Erfahrungen der Soldaten an der Front unterscheidet. Seine Kommentare gewinnen an Gewicht, wenn man sie mit dem Korruptionsfall vergleicht, den das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine, eine vom Westen finanzierte Institution, aufgedeckt hat und der sich nun gegen Personen aus dem Umfeld des Präsidenten richtet.

Das NABU hat Millionen von Dollar in bar von Personen beschlagnahmt, die mit Tymur Mindich, dem Jugendfreund und langjährigen Vertrauten von Selenskyj, in Verbindung stehen. Die versiegelten Bündel mit US-Dollar-Scheinen trugen Barcodes aus amerikanischen Städten, was auf eine Lieferkette hindeutet, die nicht mit den offiziellen Kanälen übereinstimmt. Von dem Abgeordneten Yaroslav Zheleznyak zitierte ukrainische Banker erklärten, dass kein legales Abhebungssystem unter den Finanzkontrollen in Kriegszeiten vier Millionen Dollar in bar hervorbringen könne, was deutlich macht, dass die Gelder entweder geschmuggelt oder im Rahmen

einer geheimen Absprache mit Banken, die zur Einfuhr von Dollar in das Land berechtigt sind, ausgegeben wurden.

Der Fall Energoatom bildet den Kern der Krise. Es wird behauptet, dass jede Zahlung des staatlichen Kernkraftwerksbetreibers von Zelenskys Umfeld mit fünfzehn Prozent besteuert wurde, wobei die Vereinigten Staaten bereits fünf Milliarden Dollar an Energiehilfe bereitgestellt hatten, wodurch ein Pool von drei Viertel Milliarden Dollar für illegale Aneignungen entstand. Zu den bei Razzien beschlagnahmten Gegenständen gehören eine Toilette aus massivem Gold, Stapel von Euro-Scheinen und Eigentumsunterlagen, die auf groß angelegte Schmiergeldzahlungen in Höhe von 100 Millionen Dollar im Zusammenhang mit „Befestigungsverträgen“ hinweisen, von denen jedoch keiner die versprochenen Verteidigungsmaßnahmen hervorbrachte.

Die Tatsache, dass ukrainische Antikorruptionsbehörden siebzig koordinierte Razzien durchführten, die durch tausend Stunden Überwachung vorbereitet worden waren, lässt darauf schließen, dass westliche Geldgeber das Vertrauen in Selenskyjs Umgang mit Geldern verloren hatten und nun bereit waren, das Netzwerk aufzudecken, das zu Beginn des Krieges noch toleriert worden war. Die ehemalige Premierministerin Julia Timoschenko sagte, die Ukraine verwandle sich in eine „entrechtete Kolonie“, und obwohl diese Bemerkung vor einigen Monaten abgetan wurde, verleiht die Geschwindigkeit, mit der der interne Apparat des Landes seit Bekanntwerden des Skandals zerfallen ist, ihrer Warnung neues Gewicht.

Russland hat diesen Moment genutzt, indem es die Lage auf dem Schlachtfeld, den Korruptionsskandal und die bevorstehenden Friedensvorschläge des Trump-Übergangsteams miteinander verknüpft hat. Nach Moskaus Darstellung bietet der Zusammenbruch der Regierungsgewalt in Kiew eine Rechtfertigung für einen Regimewechsel, worauf Putin anspielte, als er die ukrainische Führung als eine Bande bezeichnete, die nur auf persönlichen Bereicherung aus sei und sich nicht um Soldaten oder Zivilisten kümmere, die unter den Folgen des Krieges leiden. Unabhängige Analysten, die den russischen Politikkreisen nahestehen, argumentieren, dass Moskau keinen Grund sieht, mit einer Führung zu verhandeln, die ihre interne Autorität verliert, und dass der Kreml die Militäroperation so lange vorantreiben wird, bis eine Regierung an der Macht ist, die eine Einigung erzielen kann. Dies steht im Einklang mit der offiziellen Reaktion Moskaus auf den durchgesickerten amerikanischen Friedensplan, den das russische Außenministerium mit der Begründung ablehnte, dass kein offizielles Dokument vorgelegt worden sei, obwohl russische Beamte mit ziemlicher Sicherheit über informelle Kanäle Kenntnis von dessen Inhalt hatten. Der Kreml hat sich von dem Plan distanziert, während die russischen Streitkräfte vorrücken, sodass Moskau die Bedingungen weiter gestalten kann, bevor es eine öffentliche Verhandlungsposition einnimmt.

Der von einem ukrainischen Abgeordneten durchgesickerte 28-Punkte-Plan des Trump-Teams wurde von den unabhängigen Analysten Alexander Mercouris und Alex Christoforou als chaotisch, schlecht formuliert und in sich widersprüchlich beschrieben, wobei sich Teile desselben Dokuments widersprechen. Ihre Interpretation wird durch die Tatsache gestützt, dass die ukrainische Version offenbar von Verteidigungsminister Rustem Umerov geändert wurde, der die ursprüngliche Forderung nach einer vollständigen Prüfung der ukrainischen Kriegsfinanzen durch eine generelle Amnestie für alle Kriegshandlungen ersetzte – ein Schritt, der die in Korruptionsfälle verwickelten Beamten schützte, aber auch den Verdacht des Westens verstärkte, dass das Team von Selenskyj versuchte, jede rückwirkende Untersuchung zu blockieren.

Die zentrale Struktur des Plans kommt eher den Vereinigten Staaten als den beiden Kriegsparteien zugute, da sie Washington die Rolle eines „neutralen Vermittlers“ zuweist und gleichzeitig einen

großen Teil des Wiederaufbaus der Ukraine, der Gasinfrastruktur, der Mineralgewinnung und der eingefrorenen russischen Vermögenswerte der amerikanischen Verwaltung und den amerikanischen Gewinnströmen zuweist. Analysten, die das Dokument prüften, stellten fest, dass von Russland erwartet würde, die Wiedereingliederung in die westlich geprägte Wirtschaftsordnung zu Bedingungen zu akzeptieren, die einer Vasallenvereinbarung ähneln, was keine der großen russischen Fraktionen tolerieren würde, wodurch der Plan als Lösung unbrauchbar und nur als PR-Instrument brauchbar wäre.

Die Territorialklauseln verdienen besondere Aufmerksamkeit, da sie die strategische Denkweise der Verfasser des Plans offenbaren. Die Krim, Donezk und Luhansk würden nur de facto als russisch anerkannt, während Cherson und Saporischschja entlang der aktuellen Kontaktlinien eingefroren würden, wodurch eine entmilitarisierte Zone entstehen würde, die einen Teil des Donbass weder unter russischer noch unter ukrainischer Kontrolle belässt, sondern in einem neutralisierten Schwebезustand ohne Zugang für das russische Militär.

Diese Regelung steht in offenem Widerspruch zur russischen Verfassung, die diese Gebiete als Teil der Russischen Föderation anerkennt, was eine politische Akzeptanz unmöglich macht. Noch auffälliger ist die Klausel, die die ukrainische Armee auf sechshunderttausend Soldaten begrenzt, was laut den Analysten, die das Dokument geprüft haben, zu einer Armee führen würde, die größer ist als die derzeitige ukrainische Armee, wodurch das russische Ziel der Entmilitarisierung verfehlt und Raum für eine langfristige Wiederaufrüstungskampagne geschaffen würde, die durch die geplante militärische Expansion der Europäischen Union unterstützt wird.

Die europäische Reaktion auf den Plan spiegelt ihre schwierige geopolitische Lage wider. Die estnische Politikerin Kaja Kallas soll einen Gegenvorschlag vorbereitet haben, eine Geste, die von unabhängigen Kommentatoren verspottet wurde, die darauf hinwiesen, dass sie sich auf europäische Institutionen stützte, die während des gesamten Krieges keine bedeutenden Maßnahmen ergriffen hatten. Die schwedische Außenministerin Maria Stenergaard räumte ein, dass die Europäische Union Russland während des Krieges 124 Milliarden Euro mehr für Energiekäufe gezahlt hat als der Ukraine – eine Statistik, die die rhetorische Haltung der EU untergräbt und zeigt, wie Europa seinen Gegner finanziert hat, obwohl es sich selbst als Waffenlager für Kiew präsentiert hat.

Deutschland hat durch die Wiederaufrüstung Hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen, eine Politik, die Kommentatoren zufolge kaum mehr als einen größeren Pool an Arbeitskräften für eine zukünftige Konfrontation mit Russland liefern wird, die Europa langfristig weder politisch noch materiell aufrechterhalten kann. Der Chef der französischen Armee hat die Bürger öffentlich gewarnt, sich auf den „Verlust von Kindern“ in einem möglichen Krieg mit Russland vorzubereiten – ein Eingeständnis, dass die Eliten in Frankreich ihre Bevölkerung auf militärische Verpflichtungen vorbereiten, die nur wenige Wähler unterstützen und die der französische Staat ohne erhebliche Einschnitte in anderen Bereichen nicht finanzieren kann. Diese Ereignisse lassen Analysten zu dem Schluss kommen, dass der politische Niedergang von Selenskyj nun das wahrscheinlichste Ergebnis ist, nicht aufgrund eines einzelnen Schlags, sondern weil mehrere Druckfronten gleichzeitig zusammengebrochen sind.

Der ukrainische Oligarch Ihor Kolomoisky, ehemals ein Förderer von Selenskyj und nun inhaftiert, soll seinen Mitarbeitern gesagt haben, dass „das Ende von Selenskyj nahe ist“, wobei ukrainische Medien vermuten, dass er den Ermittlern Informationen geliefert hat, um sich für seinen Sturz zu rächen. Mindich, der seit langem mit Selenskyj verbunden und tief in die Finanzgeschäfte rund um die Präsidentschaft eingebunden ist, floh wenige Stunden vor Beginn der Anti-Korruptions-Razzien aus dem Land – ein Akt, der auf interne Kenntnisse über bevorstehende Anklagen und das

Zerbrechen des Schutznetzwerks des Präsidenten hindeutet. Die Verwicklung des Justiz- und des Verteidigungsministers in den Skandal bringt den Kern des Kriegskabinetts unter Verdacht, während die Rivalität zwischen NABU, SAPO und SBU zeigt, dass die internen Sicherheitsbehörden der Ukraine nicht mehr aufeinander abgestimmt sind, was mit einem andauernden Krieg unvereinbar ist.

Analysten, die Moskau nahestehen, argumentieren, dass Russland wenig Wert in dem Trump-Plan sieht und wahrscheinlich zu dem 2022 in Istanbul ausgearbeiteten Rahmen zurückkehren wird, der die Neutralität der Ukraine, die Entmilitarisierung und die Anerkennung von territorialen Veränderungen, die die militärischen Realitäten vor Ort widerspiegeln, vorsah. Das in den Akten enthaltene Beispieldokument zeigt, wie Kiew seine tatsächliche Verhandlungsposition während der Istanbul Gespräche verschleierte, indem es eine für den Westen bestimmte Version seines Vorschlags veröffentlichte, die Klauseln enthielt, die jegliche Beschränkung der ukrainischen Streitkräfte ablehnten, während das tatsächlich an Russland übermittelte Dokument diesen Absatz vollständig fehlte. Diese Diskrepanz bestärkt Moskau in seiner Überzeugung, dass Kiew in böser Absicht verhandelt und dass alle künftigen Prozesse mit Akteuren durchgeführt werden müssen, die in der Lage sind, Verpflichtungen einzuhalten. Russische Beamte werden daher wahrscheinlich verlangen, dass jede Einigung auf den bereits 2022 vorgestellten Grundsätzen beruht, als die russischen Streitkräfte eine geringere territoriale Position innehatten, was bedeutet, dass Moskau nun wesentlich günstigere Bedingungen erwartet.

Unabhängigen Analysten, die alle verfügbaren Vorschläge untersucht haben, zufolge ist das wahrscheinliche Ergebnis, dass Russland auf politische Veränderungen in Kiew warten und gleichzeitig militärisch vorrücken wird, um seine Verhandlungsposition weiter zu stärken. Die Trump-Regierung scheint eines von zwei Ergebnissen anzustreben: Entweder akzeptiert Russland den Plan und stoppt seinen Vormarsch, sodass Washington einen diplomatischen Sieg für sich verbuchen kann, oder Russland lehnt ihn ab, sodass Washington argumentieren kann, Moskau lehne den Frieden ab, und damit weitere Sanktionen oder eine Eskalation rechtfertigen kann. Die Inkohärenz des Plans macht das zweite Ergebnis weitaus wahrscheinlicher, was möglicherweise von Anfang an beabsichtigt war, da die US-Politiker die Ablehnung Russlands nutzen können, um Europa zu einer engeren militärischen Zusammenarbeit zu drängen, zu einer Zeit, in der die europäischen Institutionen mit internen Meinungsverschiedenheiten konfrontiert sind.

Das Ende von Selenskyj scheint daher eher das Ergebnis struktureller Kräfte als persönlicher Versäumnisse zu sein. Der Verlust von Kupjansk signalisiert einen Rückgang auf dem Schlachtfeld, die Skandale um Energoatom und Mindich offenbaren den Verfall des Kriegsstaates, die Indiskretion des Friedensplans offenbart das schwindende Vertrauen des Westens, und Russlands Weigerung, sich auf das amerikanische Rahmenwerk einzulassen, zeigt, dass Moskau eine Einigung zu seinen eigenen Bedingungen und nicht durch westliche Vermittlung anstrebt. In diesem Umfeld kann Selenskyj weder die Front stabilisieren noch seine Regierung säubern, noch ausländische Verbündete mobilisieren, noch den internen Behörden Einheit auferlegen. Das Zusammentreffen dieser Krisen markiert das Ende des politischen Projekts, das ihn an die Spitze der Kriegsführung gebracht hat, und stellt die Ukraine vor einen Wandel, dessen Ausgang mehr von Akteuren außerhalb Kiews als von den Entscheidungen, die Selenskyj noch treffen kann, bestimmt wird.

Verfasst von: Global GeoPolitics

Wenn Sie der Meinung sind, dass Journalismus der Öffentlichkeit dienen sollte und nicht den Mächtigen, und Sie in der Lage sind, zu helfen, dann können Sie als BEZAHLTER ABONNENT wirklich etwas bewirken. Alternativ können Sie uns auch mit einer Tasse Kaffee unterstützen:

+++

<https://ko-fi.com/globalgeopolitics>

Read on blog or Reader

Site logo image      Global geopolitics

Trump Calls Time on Zelensky

By global geopolitics on November 22, 2025

featured image

The peace initiative collides with golden-toilet raids, fleeing oligarchs, and growing Russian leverage marking the end of the wartime narrative

The collapse of confidence in the Ukrainian leadership began with the slow failure at the front and the steady hollowing out of the state at home, but the past days have brought a convergence of events that now leaves Volodymyr Zelensky with almost no room to manoeuvre. Russian forces have taken Kupiansk after months of steady pressure on the eastern axis, and the Russian commander Valery Gerasimov informed President Vladimir Putin that the town had been “liberated,” signalling that the Russian command considers this a completed phase rather than a contested operation.

Play video

The Kremlin has folded this battlefield momentum into a wider political message, with Putin describing the Ukrainian leadership as a “criminal gang” seated on “golden toilets,” a phrase intended to draw attention to the corruption scandal that has broken out around Energoatom and Zelensky’s inner circle. This scandal brings together allegations of stolen American aid, smuggled dollars, war-time profiteering, and the collapse of internal discipline in Ukrainian institutions, and it has emboldened independent analysts who have long argued that the war served as a moneymaking system rather than a national salvation campaign.

Christopher Helali, who recently visited Ukrainian prisoners of war, said that many front-line soldiers sought to surrender at the earliest chance, a description that matches reports from several Russian and independent observers who have noted declining morale and growing desertion pressure among Ukrainian units. Helali described Ukraine as a “major moneymaking operation for the West,” and his account of prisoners kept in barracks rather than punitive conditions was intended to underline how far the war narrative presented to Western publics differs from the experience of soldiers on the line. His comments gain force when set alongside the corruption case built by Ukraine’s National Anti-Corruption Bureau, a Western-funded institution that has now turned on figures close to the president.

NABU has seized millions of dollars in cash from individuals linked to Tymur Mindich, Zelensky’s childhood friend and long-time fixer, with sealed bundles of US dollars carrying barcodes from American cities, suggesting a supply chain inconsistent with official channels. Ukrainian bankers cited by MP Yaroslav Zheleznyak explained that no legal withdrawal system could produce four million dollars in cash under wartime financial controls, making it clear that the funds were either smuggled or handed out through a collusive scheme involving banks entitled to import dollars into the country.

The Energoatom case forms the core of the crisis. The allegation is that every payment made by the state nuclear operator was taxed at fifteen per cent by Zelensky's circle, with the United States having already provided five billion dollars in energy assistance that created a three-quarter-billion-dollar pool for illicit appropriation. The material seized in raids includes a solid-gold toilet, stacks of euros, and property records pointing to large-scale kickback schemes involving one hundred million dollars in "fortification contracts," none of which produced the promised defensive work.

The fact that Ukrainian anti-corruption agencies launched seventy coordinated raids backed by a thousand hours of surveillance suggests that Western sponsors had lost confidence in Zelensky's management of funds and were now prepared to expose the network that had been tolerated during the early war period. Former prime minister Yulia Tymoshenko said Ukraine was turning into a "disenfranchised colony," and while this remark was dismissed several months ago, the speed with which the country's internal apparatus has fractured since the scandal emerged gives her warning new weight.

Russia has seized upon this moment by linking the battlefield situation, the corruption scandal, and the impending peace proposals emerging from the Trump transition team. In Moscow's framing, the collapse of governance in Kiev offers a justification for regime change, which Putin hinted at when he called the Ukrainian leadership a gang acting only for personal enrichment and showing no concern for soldiers or civilians facing the consequences of war. Independent analysts close to Russian policy circles argue that Moscow sees no reason to negotiate with a leadership that is losing internal authority, and that the Kremlin will drive forward with the military operation until a government able to deliver a settlement is in place. This tracks with Moscow's formal response to the leaked American peace plan, which the Russian Foreign Ministry rejected on the grounds that no official document had been submitted, even though Russian officials were almost certainly aware of its contents through informal channels. The Kremlin has created distance from the plan while Russian forces advance, allowing Moscow to shape conditions further before taking a public negotiating position.

The Trump team's twenty-eight-point plan, leaked by a Ukrainian MP, has been described by independent analysts Alexander Mercouris and Alex Christoforou as chaotic, poorly drafted, and internally contradictory, with sections that contradict others within the same document. Their reading is supported by the fact that the version in Ukrainian hands appears to have been modified by Defence Minister Rustem Umerov, who replaced an original call for a full audit of Ukrainian wartime finances with a blanket amnesty covering all wartime actions, a move that protected officials implicated in graft but also deepened Western suspicion that Zelensky's team sought to block any retrospective investigation.

The plan's central structure benefits the United States rather than either belligerent, granting Washington the role of "neutral mediator" while allocating large shares of Ukraine's reconstruction, gas infrastructure, mineral extraction, and frozen Russian assets to American management and profitstreams. Analysts reviewing the document observed that Russia would be expected to accept reintegration into the Western-led economic order on terms that resembled a vassalage arrangement, which no major Russian faction would tolerate, making the plan unworkable as a settlement and viable only as a public relations tool.

The territorial clauses demand particular attention because they reveal the strategic mindset behind the plan's authors. Crimea, Donetsk, and Lugansk would be recognised only *de facto* as Russian, while Kherson and Zaporozhye would be frozen along current lines of contact, creating a demilitarised zone that leaves part of Donbass under neither Russian nor Ukrainian control but in a

neutralised limbo with no Russian military access

This arrangement openly contradicts the Russian constitution, which recognises these territories as part of the Russian Federation, making any acceptance politically impossible. Even more striking is the clause limiting Ukraine's army to six hundred thousand troops, which according to the analysts reviewing the document would produce an army larger than Ukraine currently fields, thereby failing to meet any Russian demilitarisation goal and creating space for a long-term rearmament campaign backed by the European Union's planned military expansion.

The European reaction to the plan reflects its uneasy geopolitical position. Estonia's Kaja Kallas reportedly prepared a counter-proposal, a gesture mocked by independent commentators who noted that she relied on European institutions that had failed to deliver meaningful action throughout the war. Sweden's foreign minister Maria Stenergaard acknowledged that the European Union has given Russia one hundred and twenty-four billion euros more in energy purchases during the war than it has given Ukraine, a statistic that undermines the EU's rhetorical posture and demonstrates how Europe financed its adversary even while presenting itself as an arsenal for Kiev.

Germany has promoted hundreds of thousands of new jobs through rearmament, a policy that commentators argue will supply little more than a larger pool of manpower for a future confrontation with Russia that Europe cannot sustain politically or materially over the longterm. The French army chief has publicly warned citizens to prepare to "lose children" in a potential war with Russia, an admission that elite circles in France are preparing their population for military commitments that few voters support and that the French state cannot finance without major cuts elsewhere. These events lead analysts to conclude that Zelensky's political demise is now the most likely outcome, not because of any single blow but because multiple fronts of pressure have collapsed at once.

Ukraine's oligarch Ihor Kolomoisky, previously a sponsor of Zelensky and now imprisoned, is reported to have told associates that "Zelensky's end is near," with Ukrainian media suggesting he provided information to investigators as revenge for his fall from favour. Mindich, long associated with Zelensky and deeply embedded in the financial operations around the presidency, fled the country hours before the anti-corruption raids began, an act that signals internal knowledge of impending charges and the fracturing of the president's protective network. The involvement of the Justice Minister and Defence Minister in the scandal places the core of the wartime cabinet under suspicion, while the rivalry between NABU, SAPO, and the SBU shows that Ukraine's internal security agencies are no longer aligned, a situation incompatible with sustained war.

Analysts close to Moscow argue that Russia sees little value in the Trump plan and will likely revert to the framework shaped at Istanbul in 2022, which required Ukrainian neutrality, demilitarisation, and recognition of territorial changes that reflected military realities on the ground. The example document provided in the files shows how Kiev masked its actual negotiating position during the Istanbul talks by publishing a version of its proposal for Western consumption that included clauses rejecting any limit on Ukrainian armed forces, while the real document delivered to Russia lacked this paragraph entirely. This discrepancy reinforces Moscow's belief that Kiev negotiates in bad faith and that any future processes must be conducted with actors capable of honouring commitments. Russian officials are therefore likely to demand that any settlement rest on principles already presented in 2022, when Russian forces held a narrower territorial position, meaning Moscow now expects considerably more favourable terms.

The likely outcome, according to independent analysts who have studied all available proposals, is

that Russia will wait for political change in Kiev while advancing militarily to strengthen its negotiating position further. The Trump administration appears to seek one of two results: either Russia accepts the plan and halts its advance, allowing Washington to claim a diplomatic victory, or Russia rejects it, enabling Washington to argue that Moscow refuses peace, thereby justifying further sanctions or escalation. The plan's incoherence makes the second outcome far more likely, which may have been intended from the outset, since US policymakers can use Russian rejection to pressure Europe into deeper military alignment at a time when European institutions face internal dissent.

Zelensky's end therefore appears to be the product of structural forces rather than personal failings alone. The loss of Kupiansk signals battlefield decline, the Energoatom and Mindich scandals expose the rot in the wartime state, the leak of the peace plan reveals declining Western trust, and Russia's refusal to engage with the American framework demonstrates that Moscow seeks a settlement on its own terms rather than through Western mediation. In this environment, Zelensky can neither stabilise the front nor clean his administration nor rally foreign allies nor impose unity on internal agencies. The intersection of these crises marks the end of the political project that carried him into wartime leadership and leaves Ukraine facing a transition whose outcome will be shaped by actors outside Kiev more than by any decision Zelensky can still take.

Authored By : Global GeoPolitics

If you believe journalism should serve the public, not the powerful, and you're in a position to help, becoming a PAID SUBSCRIBER truly makes a difference. Alternatively you can support by way of a cup of coffee:

[buymeacoffee.com/ggtv](https://buymeacoffee.com/ggtv)

<https://ko-fi.com/globalgeopolitics>